

Informationspapier zur Open Government Partnership

Inhalt:

1. Allgemeines zu Open Government und zur Open Government Partnership	1
2. Vor- und Nachteile eines Beitritts zur Open Government Partnership	4
3. Der Arbeitskreis	5
4. Häufig gestellte Fragen	6

“My Administration is committed to creating an unprecedented level of openness in Government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation, and collaboration. Openness will strengthen our democracy and promote efficiency and effectiveness in Government.”

Barack Obama, Präsident der Vereinigten Staaten, 21. September 2009.

1. Allgemeines zu Open Government und zur Open Government Partnership

Open Government ist als ganzheitlicher Ansatz zur Belebung der Demokratie zu verstehen. Transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln stellt dabei die Grundlage dar. Es geht allerdings nicht allein darum, eine große Menge von Daten on- und offline zur Verfügung zu stellen, sondern auch darum, Bürgerinnen und Bürgern das notwendige Wissen für eine Teilnahme an Beteiligungsformaten zu vermitteln. In jedem Fall sollte die Veröffentlichung von Daten das berechtigte Bürgerinteresse nach Informationen in verschiedenen Bereichen (wie bspw. dem Verbraucherschutz) bedienen.

Das Ziel von Open Government ist es, die Arbeit von Politik, Regierung, Verwaltung und Justiz (d. h. des öffentlichen Sektors insgesamt) offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten.

Richtig umgesetzt wird Open Government deshalb mittel- bis langfristig eine nachhaltige Änderung der politischen Kultur zur Folge haben. Die bisherige Kultur der politischen Beteiligung, die fast ausschließlich auf Wahltermine begrenzt war, wird sich zu einer Kooperationskultur entwickeln, die die Zusammenarbeit zwischen Politik und Gesellschaft verstetigt und intensiviert. Die Hinwendung zu Open Government bedeutet so den Abbau von Politikverdrossenheit und einer rein negativen Protestkultur. Die Bundesrepublik kann von einer solchen Entwicklung nur profitieren.

Zur Umsetzung von Open Government ist jedoch ein Reformprozess in Politik und Gesellschaft notwendig. Die Politik muss Bürgerinnen und Bürger stärker in Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einbinden. Letztendlich müssen Regierung und Parlament aber die Rollen demokratisch gewählter Entscheidungsinstanzen behalten. Das Ausmaß von Bürgerbeteiligung findet so seine natürliche Begrenzung. Findet eine solche Begrenzung nicht statt, ist die Handlungsfähigkeit der Politik gefährdet.

Eine Öffnung politischer Prozesse muss ernst gemeint sein und darf nicht nur zur Legitimation bereits gefällter Entscheidungen dienen. Auf der anderen Seite sind Informations- und darauf aufbauende

Beteiligungsangebote nur erfolgreich, wenn sie von Bürgerinnen und Bürgern honoriert und genutzt werden. Dass Bürgerinnen und Bürger ein ernsthaftes Engagement der Regierung für Open Government begrüßen würden, zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes dimap im Auftrag des Internet & Gesellschaft Collaboratory:¹

- Mehr als zwei Drittel der Deutschen wünschen, stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden.
- Knapp die Hälfte der Befragten will mehr direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen.
- Die Mehrheit der Befragten würde sich am ehesten an Demonstrationen und Volksentscheiden beteiligen.

„Wir werden mehr Daten als bisher veröffentlichen, aber mit Sicherheit nicht alle und auch nicht alle kostenlos.“

Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung und Mitglied des IT-Planungsrats, 13. Oktober 2011.

Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung ergänzen diese Erkenntnisse:²

- Knapp die Hälfte der Befragten hält eine größere Transparenz von Verwaltung und Regierung (bspw. die Offenlegung von Sitzungsprotokollen und Haushaltsausgaben) für sinnvoll und als Grundlage für politische Beteiligung für notwendig.

Die internationale [Open Government Partnership](#) (OGP) hat sich die Verbesserung der Regierungsführung und die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger zum Ziel gesetzt. Durch die multilaterale Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft sollen die Anforderungen einer offenen Regierungsführung gemeinsam bewältigt werden.

Sie fordert von den Regierungen der teilnehmenden Nationalstaaten auf den Gebieten Verbesserungen, die für die OGP die zentralen Bestandteile von Open Government darstellen: **Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung** und **Rechenschaftslegung**. Mithilfe neuer Technologien soll Regierungshandeln offener, effektiver und überprüfbarer gestaltet werden.³

In der „Roadmap“ der Open Government Partnership (dem zentralen Dokument für beitragswillige Staaten) heißt es dazu:

„Die neu gegründete Initiative Open Government Partnership (OGP) setzt sich die weltweite Verbesserung der Regierungsarbeit zum Ziel. Sie spiegelt den Wunsch der Bürger nach rechenschaftspflichtigen Regierungen wider, die transparenter und effektiver arbeiten, und nach Institutionen, die den Einzelnen stärker einbinden und auf die Wünsche der Bevölkerung eingehen. Für die Umsetzung dieser anspruchsvollen Ziele muss eine Reihe von Rahmenbedingungen erfüllt sein: politische Führung, technisches Know-how, dauerhafte

¹ „Offene Staatskunst“ – Bessere Politik durch „Open Government?“, Abschlussbericht des Internet & Gesellschaft Collaboratory, Okt. 2010, S. 81 ff. Abrufbar [hier](#)

² Abrufbar [hier](#).

³ Abrufbar [hier](#).

*Anstrengungen und Investitionen sowie die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft.*⁴

Am 20. September 2011 hat sich die OGP am Rande des 66. Treffens der UN-Generalversammlung in New York formell konstituiert. Aktuell sind acht Staaten Teilnehmer der Initiative (Brasilien, Indonesien, Mexiko, Norwegen, Philippinen, Südafrika, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten). Zum 09.11.2011 lagen Beitrittsgesuche von 39 weiteren Staaten vor. Dies entspricht zwei Dritteln der teilnahmeberechtigten Staaten. Der Lenkungsausschuss besteht aus Regierungsvertretern der Teilnehmerstaaten sowie verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Africa Center for Open Governance (Kenia), dem National Security Archive (U.S.), dem Revenue Watch Institute (international) und der Transparency and Accountability Initiative (international).

Um der OGP beizutreten, muss jedes Land eine Open-Government-Erklärung abgeben, einen konkreten nationalen Aktionsplan vorlegen, der in einem öffentlichen Konsultationsprozess erarbeitet wurde, und sich bereit erklären, die erzielten Fortschritte von unabhängigen Experten bewerten zu lassen. Die im Lenkungsausschuss vertretenen Regierungen haben ihre Open-Government-Erklärungen bereits veröffentlicht und ihre jeweiligen Aktionspläne vorgestellt.⁵

Um ein Beitrittsgesuch an die OGP richten zu können, müssen beitriftswillige Länder Kriterien in den Bereichen Haushaltstransparenz, Informationsfreiheit, Korruptionsbekämpfung und Bürgerbeteiligung erfüllen.⁶ Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt diese Kriterien zum Großteil und ist demnach berechtigt, ein Beitrittsgesuch an die OGP zu richten.⁷

⁴ Aus der Übersetzung der OGP-Roadmap, S. 1. Original abrufbar [hier](#).

⁵ Die nationalen Aktionspläne der Mitglieder des Lenkungsausschusses und die Beitrittsgesuche der 39 weiteren Staaten sind [hier](#) online abrufbar.

⁶ Aus der Übersetzung der OGP-Roadmap, S. 3 f.

⁷ Abrufbar [hier](#).

2. Vor- und Nachteile eines Beitritts zur Open Government Partnership

	Politik	Bürgerinnen und Bürger
Vorteile	<p>Außenpolitisch / auf der Ebene der OGP:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationen über „neueste Trends“ zu offenem Regierungshandeln können aus „erster Hand“ gewonnen werden. • Die Teilnahme an einem beispiellosen, internationalen Lernprozess ist möglich. • Die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland können gefestigt werden. • Der Prozess zu offenerer Regierungsarbeit kann erleichtert und beschleunigt werden. <p>Innenpolitisch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Forderungen der Open Government Partnership liegen im natürlichen Interesse jeder Regierung, die eine bürgerfreundliche Politik betreiben möchte. • Das Mikrowissen der Bevölkerung zur Lösung von Problemen kann durch international erprobte Maßnahmen besser abgerufen werden (Ergebnis: Steigerung der Qualität von Regierungsarbeit). • Die Politik kann bei Bürgerinnen und Bürgern mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen erlangen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Es besteht die Möglichkeit, auf Entscheidungen vor Ort, aber auch überregional Einfluss zu nehmen. • Durch eine internationale Partnerschaft steigt der Bekanntheitsgrad von Open Government: Mehr Bürgerinnen und Bürger werden informiert. • Die Bundesregierung formuliert und konkretisiert ihr Bekenntnis zu Open Government; das Handeln der Regierung zur Umsetzung von Open Government kann so durch die Zivilgesellschaft gemessen werden. • Die Politikverdrossenheit nimmt ab.
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> • Die Umsetzung von Open Government ist – zumindest kurzfristig – kostenintensiv.⁸ • Noch nicht erwiesen ist, dass Open Government-Maßnahmen nachhaltig erfolgreich sind.⁹ • Ein Beitritt kann zur Folge haben, dass die Bundesregierung weitere Entscheidungskompetenzen aus der Hand gibt.¹⁰ 	<ul style="list-style-type: none"> • Zur erfolgreichen Beteiligung an Open Government ist ein mittel- bis langfristiger Kulturwandel und eine umfangreiche Bereitschaft der Politik zu mehr Transparenz, Partizipation und Kollaboration erforderlich. • Momentan sind Open-Government-Maßnahmen noch stark auf das Internet fixiert. Alte Menschen und bildungsferne Schichten sind weniger in der Lage, an dieser neuen Form der Politik teilzunehmen.¹¹

⁸ Grundsätzlich ist die Umsetzung von Open Government kostenintensiver als die Beibehaltung eines Status Quo. Wie das Beispiel Stuttgart 21 zeigt, kann jedoch eine unzulängliche Bürgerbeteiligung langfristig in der Summe noch kostenintensiver sein.

⁹ Internationale Beispiele (bspw. der Bürgerhaushalt in Recife, Brasilien) beweisen, dass Open Government-Maßnahmen zu einer gesteigerten Zufriedenheit der Bevölkerung führen. Fehlschläge in Bezug auf Open Government sind meist in einer fehlerhaften Konzeption der Beteiligungsformate oder mangelnder Kommunikation derselben begründet.

¹⁰ Der Beitritt und die Teilnahme an der OGP sind und bleiben freiwillig. In den Richtlinien der OGP ist außerdem festgelegt, dass die jeweiligen Besonderheiten nationalstaatlicher Verfasstheit berücksichtigt werden. Kein Land muss gegen seinen Willen einen bestimmten Aktionsplan umsetzen oder spezifische Verpflichtungen eingehen.

¹¹ Ein Grund für diese Sichtweise liegt in der zu starken Verkoppelung von Open Government und Open Data. Transparenz ist die Grundlage für Beteiligung, die digitale Offenlegung von Daten darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Begründet liegt dies aber auch in der Möglichkeit, Beteiligungsformate kostengünstig zu testen. Außerdem nimmt das Internet einen immer wichtigeren Stellenwert in unserer Gesellschaft ein.

3. Der Arbeitskreis

Der Arbeitskreis ist ein offener Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Einzelpersonen. In ihm vereinigen sich Experten aus den wichtigsten Dimensionen von Open Government. Die Mitglieder des Arbeitskreises verbindet die gemeinsame Überzeugung, dass eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Open Government Partnership langfristig einen Kulturwandel zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und damit einen Abbau der Politikverdrossenheit zur Folge haben wird.

Innerhalb des Arbeitskreises gibt es keine Hierarchie oder den Zwang zur Mitarbeit. Es ist jedem Teilnehmer selbst überlassen, über den Umfang seines Beitrags an der Arbeit des Arbeitskreises zu bestimmen.

Im Arbeitskreis kommen z.Zt. u.a. Mitglieder folgender Organisationen zusammen:

Government 2.0. Netzwerk Deutschland e.V.

Im Netzwerk werden Wissen, Kompetenzen und Erfahrungen zu Open Government gebündelt. Neben der Organisation von Veranstaltungen oder Praxis-Workshops, stellt der Think Tank mit Publikationen und Projektideen für die Praxis sein Wissen zur Verfügung.

Kontakt: Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V., Lindenallee 27, 12587 Berlin;

<http://www.gov20.de/>; mail@gov20.de.

Open Data Network e.V.

Das ODN möchte die Themen Open Data, Open Access, Open Government, Transparenz und Partizipation koordiniert auf die politische Agenda bringen.

Kontakt: Open Data Network e.V., Prenzlauer Allee 217, 10405 Berlin; <http://opendata-network.org/>;

info@opendata-network.org.

Bertelsmann Stiftung

Die Stiftung will „konkrete Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme“ leisten. Ihrem Leitbild nach sollen „die Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden“. Fundament der Stiftungsarbeit ist die Überzeugung, „dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind.“

Kontakt: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/>; frank.frick@bertelsmann-stiftung.de.

Stiftung MITARBEIT

Der Auftrag der Stiftung MITARBEIT ist es, die Demokratieentwicklung von unten zu fördern. Sie versteht sich als Servicestelle für das bürgerschaftliche Engagement außerhalb von Parteien und großen Verbänden.

Kontakt: Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn; <http://www.mitarbeit.de/>;

info@mitarbeit.de.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Netzwerk tritt für die Schaffung rechtlicher, institutioneller und organisatorischer Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement ein.

Kontakt: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Michaelkirchstr. 17–18, 10179 Berlin, <http://www.b-b-e.de/>; info@b-b-e.de.

Internet und Gesellschaft Co:allboratory

Das Co:laboratory ist ein Expertenkreis, in dem Akteure aus Wissenschaft, Verbänden, Daten- und Verbraucherschutz sowie aus Internetunternehmen zusammenkommen. Es wurde von Google Deutschland initiiert, um gemeinsam an Lösungsansätzen zu gesellschaftlichen Fragen rund um das Internet zu arbeiten.

Kontakt: Internet & Gesellschaft Co:laboratory, z.Hd. Dr. Max Senges, Google Germany GmbH, Unter den Linden 21, 10117 Berlin; <http://collaboratory.de>; sebastian@collaboratory.de.

4. Häufig gestellte Fragen zur Open Government Partnership

„Politik, Staat und Verwaltung müssen offen sein für den direkten Dialog und die Zusammenarbeit mit den Bürgern und sie an Entscheidungen beteiligen. Ohne transparente Entscheidungsprozesse geht das aber nicht. Das ist unser Verständnis von ‚Open Government‘. Das Prinzip ist eine einmalige Chance, um verlorenes Vertrauen zwischen Politik und Bürgern wieder herzustellen und neue Impulse für unsere Demokratie zu geben.“

Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, 2. November 2010.

Allgemeine Fragen zu Open Government

Frage: Wie kann Open Government die Demokratieentwicklung fördern?

Antwort: Demokratie ist ein Erfolgsrezept; seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich jedes Jahr ein weiterer Staat zur Demokratie bekannt. Das Geheimnis des Erfolgs heißt Partizipation – direkt oder repräsentativ –, öffentlicher Diskurs und freier Wettbewerb. Demokratische Staaten unterliegen dabei einem stetigen Wandel in zyklischen Abständen. Im Gegensatz zu den meisten autoritären Staatsformen ist die Demokratie dazu in der Lage, auf geänderte Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Ein wichtiger Teil dieses Prozesses ist immer wieder ein Öffnungsprozess von Politik und Verwaltung in Richtung der Bürgerinnen und Bürger gewesen. Die OGP steht stellvertretend für die aktuelle Entwicklung zu mehr Partizipation, Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Rechenschaftslegung.

Frage: Warum ist Transparenz eine der zentralen Dimensionen von Open Government?

Antwort: Wissen ist der neue Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Seine Verteilung und seine Verfügbarkeit werden nicht zuletzt über die Technologien des Internets gewährleistet. Die so entstandenen Verteilungsfragen will Open Government durch die Forderung nach mehr Transparenz lösen. Den Bürgerinnen und Bürgern soll so die notwendige Basis geboten werden, um sich wieder aktiver in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

„Durch Open Government können die Serviceleistungen der Verwaltung und der Zugang von Bürger/innen zu Informationen erleichtert werden. Denkbar wären auch sog. Mitmach-Portale in denen Bürger/innen auf konkrete Missstände aufmerksam machen können, die Nachbarin/der Nachbar erkennt, dass der Missstand bereits gemeldet ist und beide nachvollziehen können, ob die Information bereits bei der Verwaltung angekommen ist, vielleicht sogar schon Abhilfe im Anmarsch ist.“

Halina Wawzyniak, MdB Die Linke, Mitglied der Enquete Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, 29. Oktober 2011.

Frage: Welchen Nutzen hat die Umsetzung von Open Government-Maßnahmen konkret?

Antwort: Richtig umgesetzt können Open Government-Maßnahmen den ausführenden Stellen mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Erfolgreiche Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern auf Basis von transparenter Politik und Verwaltung führt langfristig zu einer neuen Beteiligungskultur in der Bevölkerung und senkt die Politikverdrossenheit.

Frage: Wo kann ich mich weiter über Open Government informieren?

Antwort: Die im Kapitel 4 aufgelisteten Organisationen geben gerne Auskunft. Außerdem können Sie sich auf folgenden Internetseiten informieren:

[Offizielle Präsenz der Open Government Partnership](#), englisch.

[Website des Arbeitskreises OGP](#), deutsch.

[Umsetzungsstand](#) von Open Government aus Sicht der Bundesregierung, deutsch.

„Auf allen Verwaltungsebenen existieren bereits Open-Government-Strukturen, die es zu bündeln und zu kombinieren gilt. Im ersten Projektschritt vereinfachen wir – wo es rechtlich möglich und zweckmäßig ist – den Zugang zu Daten und Informationen der öffentlichen Verwaltung.“

Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im BMI und- Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, 7. Oktober 2011

Frage: Wie kann ich Open Government unterstützen?

Antwort: Das Thema Open Government und der mögliche Beitritt zur OGP sollten in Deutschland breiter in Richtung Politik, Verwaltung und den zivilgesellschaftlichen Organisationen kommuniziert werden. Der Dialog über den Nutzen von Open Government-Maßnahmen muss stärker in den politischen Mainstream gelangen. Hierfür könnte im Bundeskanzleramt, im Bundesministerium des Innern, im Bundestag und auf der Ebene der Länder und der Kommunen verstärkt geworben werden.

Frage: Was passiert zur Zeit in Deutschland auf dem Gebiet von Open Government?

Antwort: Die Bundesregierung ist bereits auf dem Gebiet Open Government aktiv. Das Innenressort unterstützt u.a. einen Open Data Wettbewerb (Apps für Deutschland), arbeitet an einer Open Data Plattform (Fertigstellung: 2013) und einer Open Government Plattform (Studie und Prototyp). Der IT-

Planungsrat beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Thema und das Finanzressort arbeitet an einer Plattform für einen „offenen Haushalt“. Im März 2012 soll eine gemeinsame Open Government-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden.¹² Auch das Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ beinhaltet Open Government als Mittel zur Verwaltungsmodernisierung. Des Weiteren gibt es viele Beteiligungsprojekte auf kommunaler Ebene.

„Es reicht eben nicht, als Minister oder Bundespräsident gelegentlich eine vorstrukturierte Online-Konsultation durchführen zu lassen. Vielmehr muss eine dauerhafte Offenheit des Staates selbstverständliches Element einer vitalen Demokratie werden. [...] Noch immer wird Transparenz, Offenheit und Mitbestimmung an staatlichem Handeln innerhalb der Behörden mehr als störende Einmischung in die bewährten Verwaltungsabläufe verstanden. [...] Den Bürgerinnen und Bürgern ist es nicht länger erklärbar, warum wir die Möglichkeiten von Internet und Digitalisierung nicht endlich stärker nutzen, um Transparenz zu erhöhen und Mitbestimmung zu ermöglichen.“

Dr. Konstantin von Notz, MdB B90 / Die Grünen, Mitglied der Enquete Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, 14. Juli 2011.

Spezifische Fragen zur Open Government Partnership

Frage: Welchen Nutzen hat der Beitritt zur Open Government Partnership konkret?

Antwort: Für die Bundesregierung würde der Beitritt eine konkrete Unterstützung auf ihrem Weg zu offenerem Regierungshandeln bedeuten. Die Partnerländer und der OGP-Lenkungsausschuss können der Bundesregierung mit ihrem Wissen und ihre Erfahrungen helfen und beratend tätig werden.¹³ Für zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern würde der Beitritt ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu Open Government darstellen. Der Beitritt würde weiterhin signalisieren, dass der Weg zu einer neuen Beteiligungskultur nun anhand eines festgelegten Plans beschritten wird.

Frage: Wie beeinflusst der Beitritt zur Open Government Partnership die Autonomie der Bundesrepublik Deutschland?

Antwort: Der Beitritt und die Teilnahme an der OGP sind und bleiben freiwillig. In den Richtlinien der OGP ist außerdem festgelegt, dass die jeweiligen Besonderheiten nationalstaatlicher Verfasstheit berücksichtigt werden. Kein Land muss gegen seinen Willen einen bestimmten Aktionsplan umsetzen oder spezifische Verpflichtungen eingehen.

Frage: Unter welchen Voraussetzungen kann die Bundesregierung ein Beitrittsge such an die Open Government Partnership richten?

Antwort: Um ein Beitrittsge such an die OGP zu richten, muss die Bundesregierung einem festgelegten Ablauf folgen. Da die Bundesrepublik die Aufnahmekriterien der OGP erfüllt, bestünde der nächste Schritt darin, den allgemeinen Forderungen der OGP zuzustimmen. Dies würde die

¹² Abrufbar [hier](#).

¹³ Die OGP hat hierzu bereits Strategien entwickelt: Abrufbar [hier](#).

Bundesregierung in einem offiziellen Beitrittsgesuch an den OGP-Lenkungsausschuss bestätigen und um die Aufnahme in die OGP bitten.

Frage: Was passiert nach dem Einreichen eines Beitrittsgesuchs an die Open Government Partnership?

Antwort: Die OGP hat in ihrer Roadmap¹⁴ ein Vorgehen in sieben Schritten vorgeschlagen. Aus Bürgerbefragungen und Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wird nach dem Beitritt ein nationaler Aktionsplan erstellt. In diesem wird u.a. die konkrete Verpflichtung zur Lösung mindestens einer großen Herausforderung (Grand Challenge) festgeschrieben. In regelmäßigen Abständen werden die Erfolge bei der Umsetzung des Aktionsplans von einem festen Partnerkreis zivilgesellschaftlicher Organisationen bewertet. Die Teilnehmerländer und der Lenkungsausschuss stehen während des gesamten Prozesses ständig als Berater zur Verfügung. Nachdem diese Schritte durchlaufen worden sind, kann die Bundesrepublik in die OGP aufgenommen werden.

Frage: Was können große Herausforderungen (Grand Challenges) für Open Government sein?

Antwort: Als große Herausforderungen werden die Gebiete bezeichnet, an denen demokratische Staaten typischerweise Defizite aufweisen. Gemäß der Überzeugung der OGP sind dies genau die Gebiete, in denen die Umsetzung von Open Government-Maßnahmen erfolgreich sein kann.

Beispiel: Die Vereinigten Staaten definieren als eine große Herausforderung „öffentliche Mittel effektiver einzusetzen“¹⁵ Die Durchsetzung erfolgt durch verschiedene Maßnahmen:

1. Gründung einer nationalen Kommission zur Überwachung des Einzugs von Steuern auf Rohstoffförderung.
2. Erhöhung der Transparenz der öffentlichen Ausgaben.
3. Erhöhung der Transparenz der Gelder die in Auslandshilfe fließen.
4. Schaffung einer effektiveren Regierung mittels des Portals www.performance.org .

Frage: Wie ist die zögerliche Haltung der Bundesregierung zu erklären?

Antwort: Die Open Government Partnership legt das Thema Open Government sehr breit an. Verfolgt man alle Ziele der Initiative konsequent, müssten die Ministerien und das Bundeskanzleramt ihre Arbeit stärker koordinieren. Das ist ein großer Aufwand und bedeutet einige tiefgreifende Veränderungen, insbesondere ein klares politisches Bekenntnis und eine übergreifende Steuerung – im besten Fall aus dem Kanzleramt. Beim Bürokratieabbau hat das sehr gut funktioniert, warum also nicht auch bei Open Government!

“Open Government ist keine Frage der Technik, sondern der Kultur.”

Renate Mitterhuber, Leiterin der Stabsstelle E-Government in der Hamburger Finanzbehörde,
7. Oktober 2011.

¹⁴Abrufbar [hier](#), S. 2.

¹⁵Abrufbar [hier](#), S. 6.

Frage: Welche Erfolge sind von der OGP im internationalen Kontext und speziell für Deutschland zu erwarten?

Antwort: International ist zu erwarten, dass durch die Initiative demokratische Regierungsprinzipien gestärkt werden. Interessant ist besonders, dass neben den USA und Großbritannien auch vermeintliche Schwellenländer, wie Indonesien und die Philippinen, zu den Vorreitern gehören. In Deutschland gibt es noch Nachholbedarf in Sachen Open Government. Deshalb würde ein Beitritt zur OGP die Umsetzung von Open Government nicht nur beschleunigen, sondern auch erleichtern. Durch die Kooperation mit internationalen Partnern können konzeptionelle Fehler vermieden werden. Misserfolge in der Umsetzung von Projekten, die das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürger in Open Government untergraben könnten, werden so größtenteils ausgeschlossen.

Frage: Gibt es auch Kritik an der Initiative?

Antwort: In Deutschland wird Open Government, übrigens wie bereits zuvor E-Government, eher als technische Anwendung verstanden. Die internationale Open Government Partnership verfolgt aber einen breiteren Ansatz, indem sie etwa neben Transparenz auch die Ziele Bürgerbeteiligung, Rechenschaftspflicht, Korruptionsbekämpfung und zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt. Der kritische Punkt ist, dass es gelingen muss, diese Themen für den Bürger im Alltag greifbar und nachvollziehbar zu machen. Bisher wird Open Government v.a. als Open Data-Frage bzw. die Bereitstellung von offenen Daten diskutiert. Es geht aber auch darum, ob man als Patient weiß, was in der eigenen Patientenakte steht, ob man als Käufer das bekommt, was die Verpackung verspricht und ob nachzuvollziehen ist, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Open Government so verstanden interessiert jeden Bürger.

„Viel zu häufig wird bei eGovernment-Projekten über Technik gesprochen. Viel zu selten wird thematisiert, wofür die Technik eingesetzt werden soll, wer die Zielgruppe ist und warum der eingeschlagene Weg richtig [...]. Diejenigen, die betroffen sind, müssen von Anfang an dabei sein.“

Dorothea Rimbach, Zentralstelle für IT und Multimedia, Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, 6. Dezember 2010.